**Geplante kommunale Gewerbezone in Grass** *(Gemeinde Steinfort)*
**und IKEA-Projekt in Sterpenich** *(Gemeinde Arlon)*

# Wird das Rad in der Landesplanung wieder zurückgedreht?

Vor kurzem hat das Innenministerium das neue Programm der Landesplanung, das auch von der Abgeordnetenkammer diskutiert wurde, veröffentlicht. Trotz der guten Absichtserklärung dieses Programmes, muss man jedoch feststellen, dass in der Praxis die darin enthaltenen politischen Optionen sich **im konkreten nicht durchsetzen konnten bzw. können**.

Stichwörter sind: Meysembourg, sektorieller Plan für GSM-Antennen, fehlende Reform der Gesetzgebung betreffend die Bebauung in den Gemeinden u.a.m. Auch die im Plan für eine nachhaltige Entwicklung der Regierung festgehaltenen Ziele, wie z.B. eine Reduktion des Bodenverbrauchs um 50% bis zum Jahre 2010 (!), sind weit entfernt davon realisiert zu werden.

Ein rezentes Beispiel, dasjenige der Ausweisung einer neuen kommunalen Aktivitätszone in Grass (Gemeinde Steinfort) – in welchem jedoch noch keine definitive Entscheidung gefallen ist – stellt die aktuelle Politik in Sachen Landesplanung erneut in Frage und zeigt die grundsätzliche Problematik auf.

### Das geplante Projekt einer neuen Gewerbezone in Grass und Umgebung

Direkt an der Grenze von Belgien und Luxemburg soll bei der kleinen Ortschaft Grass sowohl auf Luxemburger als auch auf belgischer Seite eine zusammenhängende, grenzübergreifende Aktivitätszone ausgewiesen bzw. besiedelt werden. Das Projekt sieht wie folgt aus:

- auf Luxemburger Seite soll eine 28 ha große neue kommunale Aktivitätszone in der Gemeinde Steinfort, direkt angrenzend an die Häuser in der Ortschaft Grass, angesiedelt werden. Hierzu soll die Grünzone «Miesserich» in ein Gewerbegebiet umklassiert werden;

- direkt angrenzend soll auf belgischer Seite eine Gewerbezone von etwa 18 ha der Firma IKEA in Sterpenich (Gemeinde Arlon) zur Verfügung gestellt werden.

## 1. Nein zu weiteren kommunalen Aktivitätszonen – für eine kohärente Planung regionaler (oder interkommunaler) Gewerbegebiete für kleine und mittlere Betriebe

Die vorherigen Regierungen hatten sich darauf geeinigt, im Prinzip keine weiteren kommunalen Aktivitätszonen mehr auszuweisen und die Ansiedlung regionaler Aktivitätszonen auch finanziell durch Übernahme eines Grossteils der Infrastrukturkosten zu fördern. Dies um zu verhindern, dass weiterhin in jeder einzelnen Gemeinde Luxemburgs derartige Zonen ausgewiesen werden und somit die Zersiedlung der Landschaft

unannehmbare Ausmaße annimmt. Diese Politik kannte in den vergangenen Jahren einen gewissen Erfolg; die total planlose Ansiedlung kommunaler Zonen konnte reduziert – die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden gefördert werden.

Erneut bestätigt wurde diese Sichtweise in den Direktiven der Landesplanung ***„empêcher l'éparpillement des zones d'activités par la promotion de zones régionales" - "coordonner les PAG au niveau régional en vue d'assurer l'équilibre recherché entre les communes" (objectif politique V sub 3) - «Empêcher l'éparpillement des zones d'activités économiques par la promotion de zones régionales situées à proximité des centres de développement et d'attraction» (objectif politique II sub 3)***

Das geplante Projekt in der Gemeinde Steinfort jedoch soll eine rein kommunale Zone werden. Eine regionale Abstimmung / Koordinierung fand ebenfalls nicht statt. Eine Anbindung an ein regionales Zentrum ist nicht gegeben! Das Projekt befindet sich in einer Art «no man's land», eine Verbindung mit einer größeren Struktur ist nicht gegeben! (Diese Kritik trifft im übrigen auch für das IKEA-Projekt zu.)

Es widerspricht demnach in jedweder Form landesplanerischen Vorgaben und muss entsprechend an diesem Standort abgelehnt werden!

Die Gemeinde Steinfort führt nunmehr zwei Erklärungen für die bisher eingeschlagene Vorgehensweise an:

- Einerseits würde die Gemeinde aus einer Notsituation heraus diese kommunale Aktivitätszone ausweisen wollen. Es gäbe in der Gemeinde eine Reihe von Handwerksbetrieben, die ausbauen wollten bzw. müssten und dies an ihrem jetzigen Standort – der vor allem innerhalb der Ortschaften liegt – nicht durchführen könnten. Ein neuer Standort wäre demnach erforderlich, und diesen hätte die Gemeinde in Grass gefunden.

  **Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass gezielt Gebiete für kleine und mittlere Betriebe, die innerhalb der Ortschaften auf ihre Ausbaugrenzen stoßen, zur Verfügung gestellt werden müssen, dies in einem nationalen Rahmen. Einer der Grundpfeiler unserer Wirtschaft sind in der Tat die mittelständigen Betriebe, die entsprechend gefördert werden sollen. Aber: es muss und es gibt Lösungen für die Ansiedlung dieser Betriebe, die nicht mit einer unzulässigen Zersiedlung der Landschaft verbunden sind. Regionale Lösungen sind sicher optimal.**

- Andererseits würde die Gemeinde Steinfort in den Direktiven der Landesplanung als «*centre de développement et d'attraction régional» (CDA)* ausgewiesen. Doch auch hierzu seien 2 Anmerkungen erlaubt :

  - Mit der Ansiedlung eines interkommunalen Pflegeheimes, eines neuen Lyzeums sowie einer Europaschule in Mamer stellt sich die Frage, ob nicht neu über die Festlegung der CDA im Westen des Landes nachgedacht werden müsste. Ist es tatsächlich sinnvoll, in direkter Nähe zwei fast konkurrierende Zentren – Mamer und Steinfort – in dieser Form auszubauen? Wohl kaum … Dass nicht nur der Mouvement Ecologique die Situation so sieht wird ersichtlich wenn man weiß, dass sich auch bereits der «Conseil Supérieur de l'Aménagement du Territoire» diesem Thema gewidmet hat.

  - Des weiteren stellt auch die Ausweisung als «*centre de développement et d'attraction régional*» keineswegs eine «carte blanche» für eine unkohärente Flächennutzung aus. Vielmehr verlangt eine derartige Ausweisung förmlich nach einem regionalen Revalorisierungskonzept das jedoch heutzutage ganz einfach fehlt.

**Die grundsätzliche Problematik liegt jedoch weniger im Vorgehen der Gemeinde, als vielmehr im Versagen des Innenministeriums, das für die Landesplanung zuständig ist:**

Warum liegt seitens des Landesplanungsministeriums immer noch nicht der "plan sectoriel zones industrielles / zones d'activités" vor? Dieser ist seit nunmehr über 10 Jahren (sic !) in Ausarbeitung. Würde das Landesplanungsministerium hier – in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ministerien – endlich Klartext sprechen und einen kohärenten Plan, der landesplanerischen Kriterien gerecht wird, vorlegen, so würde nicht eine Gemeinde alleine schlechte Notlösungen für sich suchen. Ausserdem gäbe es dann generell eine Lösung, für Hunderte von betroffenen Betriebe im Land …

Doch auch wenn dieser Plan noch nicht vorliegt: Warum hat das Landesplanungsministerium nicht die Initiative ergriffen und darauf eingewirkt, dass statt einer kommunalen Zone in der Gemeinde Steinfort sich die Gemeinden der Region zusammentun (andere Gemeinden kennen bestimmt das gleiche Problem wie Steinfort) und klären, welcher Standort innerhalb der Region am besten für die Ansiedlung dieser Betriebe geeignet ist?

## 2. "Zones vertes interurbaines" – nur ein Schlagwort?

Die von den Planungen betroffenen Gebiete auf luxemburger und belgischer Seite befinden sich jeweils in offener Landschaft, wobei die Vorgaben der Landesplanung in diesem Bereich theoretisch recht eindeutig sind: **«Maintenir les espaces naturels libres» «Maintenir l'intégrité des espaces naturels faiblement morcellés» (Objectif politique I ).**

Desweiteren befinden sie sich in einer sogenannten „*zone verte interurbaine*" (siehe Schema „*Espaces verts et développement urbain*" des Programme directeur der Landesplanung), demnach einer Zone der – vor allem in der Agglomeration Luxemburg-Zentrum und dem „Bassin minier" – gemäss Direktiven der Landesplanung ein besonders hoher Schutzstatus zugestanden werden soll: „*ces zones vertes interurbaines jouent un rôle essentiel de rééquilibrage face aux concentrations urbaines et favorable au bien-être de leur population*".

D.h. vor allem im Süden des Landes, der bereits sehr stark zersiedelt und dessen Landschaft arg in Mitleidenschaft gezogen ist, gilt es zwischen den Ortschaften Grüngürtel zur Wahrung der Lebensqualität zu erhalten und eine weitere Zerschneidung der Freiräume zu vermeiden. Soweit die Theorie – die Praxis aber?

**Das vorliegende Projekt würde, in direkter Nähe einer kleinen Ortschaft mitten in der freien Landschaft, eine weitere unzulässige Zerschneidung des Raumes darstellen.**

Stellen sich erneut fundamentale Fragen

- Wie ist es möglich, dass ein derartiges Projekt überhaupt den Instanzenweg „schafft", dass die "*commission d'aménagement*" des Innenministeriums in einer ersten Phase ein negatives, dann aber in einer zweiten sogar ein positives Gutachten hierzu abgibt?
- Können sich das Innenministerium bzw. das Umweltministerium überhaupt leisten hier eine Genehmigung zu erteilen, da die politischen Optionen der Landesplanung für sie verbindlichen Charakter haben?

## 3. Gewerbeeinnahmen für die einen – Nachteile (vor allem im Verkehrsbereich) für die Anwohnergemeinden?

Frappierend ist aber auch, wie leichtfertig scheinbar mit den manifesten Nachteilen, die das Projekt auch aus verkehrstechnischer Sicht bringen würde, umgegangen wird.

**In der Tat liegen die negativen Konsequenzen auf der Hand:**

- Die direkt an der E411 noch in eine traumhaft schöne Naturlandschaft eingebettete Ortschaft Grass würde mit ihren knapp 20 Haushalten nebst Campingplatz durch derartig verkehrsintensive Projekte sprichwörtlich überrannt werden;

- Doch auch die benachbarten Ortschaften würden - ohne den Nutzen von Gewerbesteuern zu haben – die äußerst negativen Auswirkungen eines vermehrten Verkehrsaufkommens durch die Zone redlich zu spüren bekommen.

  Denn ein Großteil der aus dem Süden des Landes anreisenden Kundschaft / Arbeitnehmer würde ihren Weg nach Grass und Sterpenich sicherlich über die Collectrice du Sud ab Bascharage-Biff über den C.R. 110 mitten durch die Ortschaften Niederkerschen und Küntzig wählen.

  Neben der luxemburger Aktivitätszone würde in der Tat das IKEA-Projekt mit seinen rund 1.100 Parkplätzen und den immerhin dort jährlich erwarteten 1,3 – 1,7 (!) Millionen Kunden extrem zahlreichen zusätzlichen Individualverkehr anlocken. Und dieser würde mit Sicherheit nicht nur über die bereits heutzutage arg strapazierte Autobahn Arlon-Luxemburg nach Grass/Sterpenich anrollen! Darüber hinaus droht die geplante IKEA-Filiale unweigerlich zum alles bestimmenden Motor für weitere, ähnlich gelagerte Großprojekte an der Autobahnausfahrt Sterpenich/Clemency zu werden - mit all den damit verbundenen Vor- und Nachteilen!

- Es besteht zudem die evidente Gefahr, dass die grenzüberschreitende Aktivätszone neue Strassenbauprojekte nach sich ziehen würde. Die massive Belastung der Ortschaften wie Niederkerschen und Küntzig würde automatisch den Druck auf den ebenfalls dort geplanten - aber äußerst heftig umstrittenen - Bau von zugleich zwei neuen vierspurigen Autobahnverbindungen erheblich steigern. Spätestens nach der Inbetriebnahme der Gewerbezone in Grass/Sterpenich würde man dann wohl staatlicherseits wiederholt versuchen die beiden unsäglichen Autobahnverbindungen A28 (Hondelange-Sélange-Messancy-Aubange) und A13 (Sélange-Clemency-Linger/Hautcharage-Bascharage/Biff) irreführend als Erlösung verheischende Umfahrungen der vom zusätzlichen Verkehr geplagten Ortschaften zu preisen um somit die bereits seit längerem politisch angestrebte Anbindung der Collectrice du Sud über die Liaison de Sélange an das belgische Autobahnnetz doch noch zu erzwingen. Dies wiederum würde bewirken, dass die Collectrice du Sud entgültig ihrer ursprünglichen Bestimmung beraubt werden und somit zu einer weiteren problematischen, weil extrem stark befahrenen internationalen Transitautobahn verkommen würde.

Wie weit ist das Projekt demnach erneut von den Direktiven der Landesplanung „**Développer et concrétiser une politique intégrée de transports et d'aménagement du territoire"** entfernt.

Wie widersprüchlich auch das gesamte Projekt zu verschiedenen hehren Aussagen von Landesplanungs- und Innenminister Michel Wolter ist: "*Am Zentrum vun all nohalteger Transportpolitik läit dat ambitiéist Ziel den Transportvolume ze reduzéieren. Esou gett an Zukunft d'Wiel vun den Standuerten vun neien groußen Infrastrukturen (z.B. Lycées) esou gewielt dat e.a. den Transportvolume méiglechst reduzéiert gett.*" (Minister Wolter anlässlich der Vorstellung des „plan directeur" in der Abgeordnetenkammer am 20. März 2003).

**Aus verkehrspolitischer Sicht stellt das Problem demnach ein absoluter Widersinn dar - die falschen (Verkehrs-) Weichen würden gestellt! Die Landesplanung ist in diesem präzisen Fall jedenfalls mehr denn je gefordert um diesem blanken Unsinn endlich gebührend Einhalt zu gebieten!**

Eine weitere Anmerkung sei des Weiteren erlaubt: Stellt sich die Frage, ob nicht auch in der Gemeinde Arlon ein geeigneteres Gebiet verfügbar wäre, das auch einen unmittelbaren Anschluss an das Eisenbahnnetz erlauben würde. An sich würde diese Anbindung der Philosophie von Ikea entsprechen, die ansonsten - siehe Metz, Saarlouis usw. - bevorzugt Standorte am Schienennetz aussucht. Aber vielleicht war man sich ja bewusst, dass auf belgischer und Luxemburger Seite diesem Verkehrsträger nur begrenzt Bedeutung beigemessen wird.

## Theorie und Praxis:

## Integriertes Verkehrs- und Landesplanungsentwicklungskonzept (IVL) - nur ein weiteres Schlagwort?!

Das zur Debatte stehende Projekt in Steinfort weist dann aber auch die fast unerträgliche Diskrepanz auf der Ebene der Landesplanung zwischen Theorie und Praxis auf.

Während auf nationaler Ebene theoretisch eine Verknüpfung von Siedlungsentwicklung – Raumnutzung – Arbeitsplätzen und Mobilität geschaffen werden soll, sollen vor Ort (scheinbar bis dato mit Billigung des Innenministeriums) Projekte vorangetrieben werden, die in jedweder Hinsicht diesen theoretischen Planungen widersprechen.

Warum dann überhaupt ein IVL-Konzept, wenn daraufhin keine Änderung der Praxis erfolgt? Über gute theoretische dicke Schmöcker verfügt die Landesplanung bereits ausreichend!

## 4. IKEA-Projekt als Feigenblatt für regionalplanerische Fehlentscheidung - Wo bleibt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit?

Sterpenich, der von der Gemeinde Arlon auserwählte Standort im Grenzland mehrere Kilometer von Arlon selbst entfernt (!!) ist seit 1979 als Aktivitätszone der Gemeinde Arlon vorgesehen. Weitere Gewerbegebiete, die zumindest an die Eisenbahn angebunden wären, stehen in der Gemeinde Arlon zur Verfügung und sind noch nicht belegt.

Fakt ist, dass die Luxemburger Autoritäten die Bebauung dieser Zone (durch Ikea) trotzdem scheinbar als unvermeidbar ansehen. Der Eindruck entsteht als würde davon ausgegangen, eine Absprache mit Belgien wäre nicht möglich ... und entsprechend wäre nach dem Motto „*Do as jo schon eng Feelentscheedung getraff ginn, da geet et op eng zweet nët méi unn*“ auch die Ausweisung der Steinforter Zone nur eine Art Kontinuität einer schlechten vorherigen unabänderbaren Situation.

Mit Verlaub, so einfach ist es nicht:

- Würde das Projekt realisiert, so würde eine erneute „Suburbanisierung“ entlang der Grenze erfolgen, die einer organischen Entwicklung der Region widersprechen würde, eine weitere Zersiedlung der freien Landschaft bedeuten und zu einer erheblichen Reduktion der Lebensqualität in einer Reihe von Nachbargemeinden führen.

- Warum erfolgte nicht schon lange eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, um solche Konflikte in der Raumnutzung mit den Nachbarregionen bewusst zu thematisieren und zu klären?

  Warum ist es nicht möglich eine grenzüberschreitende Planung vorzunehmen? Häuser der „Großregion" mögen sinnvoll sein... doch sie verlieren dann an Glaubwürdigkeit, wenn in der konkreten Arbeit vor Ort weiterhin so getan wird, als würde die Welt hinter den Grenzen aufhören, als wäre es de facto in der Realität schier unmöglich grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten.

- Warum, wenn andere bessere an die Schiene angebundenen Zonen verfügbar wären, nunmehr auch diese Zone verbauen, die sich gänzlich in der offenen Landschaft befindet? Warum wird von luxemburger Seite dieser Aspekt nicht stärker thematisiert? Denn die Verantwortlichen von IKEA blieben bis dato auch die Antwort darauf schuldig, warum sie sich nicht sinnvollerweise im *„pôle européen de développement"* ansiedeln.

Das Ganze ist umso skandalöser, wenn man die Beweggründe kennt, mit denen der IKEA-Konzern diesen Standort überhaupt auswählen konnte. Als Argumente wurden im Rahmen einer rezenten Informationsversammlung in Arlon u.a. genannt:

- „Grass" sei wegen der Luxemburger Kundschaft sehr interessant: es handele sich um ein Einzugsgebiet von zwar nur 450.000 Einwohnern – was als Untergrenze aus wirtschaftlicher Sicht anzusehen sei – eine Tatsache die jedoch durch das hohe Einkommensniveau im Großherzogtum kompensiert würde.

- Der Standort sei optimal aus publizistischer Sicht: Kriterium für IKEA sei in der Tat eine „*visibilité de l'autoroute*": das Gebäude werde in Richtung Autobahn Arlon-Luxembourg orientiert und entsprechend beleuchtet bzw. mit Logo versehen. In anderen Worten: wegen einer nicht zu bezahlenden Gratis-Reklame an der Autobahn wird dieser Standort anderen bevorzugt, auch wenn er in freier Landschaft liegt und der Preis für die Allgemeinheit eine weitere Zersiedlung des Raumes beinhaltet...!!

- Probleme mit „Nachbarn" seien nicht zu erwarten, so die IKEA-Verantwortlichen: „*on n'a pas de voisins*". Auf die Frage hin, wie die potentiellen Kunden zum neuen IKEA in Grass gelangen würden, wurde auf die Autobahnabfahrt Sterpenich hingewiesen. Dass bei ca. 1,3 Millionen potentiellen Besuchern pro Jahr jedoch ein Grossteil aus dem Süden Luxemburgs bzw. der angrenzenden französischen Region kämen und diese sicherlich nicht über die Autobahn nach Grass kämen, wurde anscheinend bei der Standortauswahl nicht bedacht.

**Standort IKEA : auch aus sozio-ökonimischer Sicht problematisch**

Die Frage stellt sich natürlich, in wiefern es eine Absprache zwischen den Gemeinden Arlon und Steinfort gegeben hat: Tatsache ist jedenfalls, dass die Klärung der Abwässer von IKEA noch unklar ist und wohl durch eine gemeinsame Abwasserklärung beider Zonen vereinfacht würde. Vergleichbares gilt für die Belieferung von IKEA mit Erdgas, das im Falle der Verwirklichung der Steinforter Aktivitätszone auch IKEA zur Verfügung stehen würde.

Unklar ist darüber hinaus auch, ob das Projekt IKEA die notwendige Genehmigung aus sozio-ökonomischer Sicht erhalten wird. Die zuständige Kommission auf belgischer Ebene dürfte wohl die Tatsache, dass der Standort mehr als 5 km von der Stadt Arlon entfernt ist, äußerst kritisch betrachten. Dass dies ein Schwachpunkt von IKEA ist, beweist die Tatsache, dass während der erwähnten Informationssitzung eine Reihe Ideen vorgestellt wurden um über den Umweg der IKEA-Einpflanzung das Stadtzentrum von Arlon neu zu beleben (sic!) „*pour faire revivre le centre de la ville*".

## 5. Staatliche „commission d'aménagement" im Zwielicht

Losgelöst vom generellen Stellenwert der Landesplanung ist aber auch die angegliederte „commission d'aménagement" als äußerst problematisch zu werten. Diese gibt ein positives Gutachten ab, dies in einigen wenigen völlig unmotivierten Sätzen **(siehe Anlagen 1 und 2)**.

Unverständlich in beiden Gutachten ist, dass mit keinem Satz die grundlegenden Optionen des neuen Landesplanungsprogramms erwähnt werden, dies obschon das Programm von der Abgeordnetenkammer diskutiert und angenommen - und rezent vom Innenministerium veröffentlicht wurde.

Hier stellt sich ein grundsätzliches Problem: **in wiefern ist überhaupt gewährleistet, dass bei der Begutachtung von Abänderung von Bebauungsplänen, von Lotissementsprojekten, von Projekten zur Schaffung neuer Aktivitätszonen u.a.m. die „commission d'aménagement" in ihrem Gutachten überhaupt den politischen Prioritäten des „programme directeur" Rechnung trägt.**

Müsste nicht endlich ein allgemein gültiges, für jedermann – ob Promotor oder BürgerIn – nachvollziehbares Raster die Grundlage für eine Begutachtung durch die Kommission bzw. andere Gremien sein ?

## 6. Schlussfolgerungen

Das Projekt der Ausweisung einer rein kommunalen Aktivitätszone in der Ortschaft Grass und der Standort IKEA in Sterpenich widersprechen sowohl jedweden landesplanerischen Kriterien als auch einer harmonischen Entwicklung der Region und müssen dementsprechend als solche zurückgewiesen werden.

Das Landesplanungsministerium muss grundsätzlich seine Verantwortung übernehmen und die Gemeinden darüber hinaus in regionalen Lösungen tatkräftig unterstützen. Im Sinne des Handwerks muss das Innenministerium kurzfristig – in Zusammenarbeit mit dem Mittelstandsministerium – einen "plan sectoriel" für Gewerbezonen ausweisen, so wie dies seit Jahren vorgesehen ist. Ausserdem sollte auch die Frage der Öffnung von nationalen Aktivitätszonen für weitere Betriebe kein Tabu mehr darstellen. Umgehend muss auch das Umweltministerium den "plan sectoriel zones vertes interurbaines" vorlegen, dies unabhängig auch vom IVL.

Das Beispiel der Aktivitätszone Grass und der damit zusammenhängenden Ansiedlung der Zone in Sterpenich werfen denn auch – über das Dossier Grass hinaus – grundsätzliche Fragen auf :

Man wird das Gefühl nicht los, als ob sich die Landesplanung leider auf allgemein gültige Floskeln reduzieren würde, in konkreten Fallbeispielen jedoch kläglich versagt wird, wenn es heißt politische Optionen anzuwenden und folglich in politische Entscheidung umzusetzen.

Mehr und mehr stellt sich demnach die Frage, was denn der Wert der Direktiven der Landesplanung ist, wenn sie sich in der Praxis als irrelevant erweisen, ja wenn sie gar von Kommunalpolitikern, die sich auch auf nationaler Ebene engagieren, ignoriert werden?

Ebenso problematisch ist aber die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die sich derzeit vor allem auf imageträchtige Bekenntnisse zu beschränken scheint, in der Praxis jedoch noch einen regelrechten Dornröschenschlaf fristet.